

Ausbau der Elektromobilität beschleunigen, zukunftsfähige Industriearbeitsplätze schaffen, Standort Niedersachsen stärken

Um den Klimawandel aufzuhalten, wollen und müssen wir in der EU spätestens bis 2050 Treibhausgasneutralität in Wirtschaft und Gesellschaft erreichen. Bereits bis 2030 wollen wir in der EU den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent senken, bis 2040 soll die Emissionen um 90 Prozent sinken. Dafür ist der Mobilitätssektor eine entscheidende Branche und Niedersachsen als Land der Mobilitätswirtschaft der entscheidende Ort.

Bei dieser Transformation müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen: Niedersachsen ist nicht nur die Nr. 1 im Automobilbau, sondern in der gesamten Mobilitätswirtschaft mit Volkswagen und zahlreichen weiteren namhaften Herstellern von LKW, Bussen, Landmaschinen, Anhängern und Zubehör stark vertreten – zu den großen Herstellern kommen rund 700 Zuliefererbetriebe hinzu. Insgesamt sind rund 340.000 Menschen in Niedersachsen in den Mobilitätsbranchen beschäftigt. Die Industrie zieht zudem enorme Beschäftigung im Handwerk und im Dienstleistungsbereich nach sich, beispielsweise der Logistik, dem Service, der Finanzierung oder auch im Tourismus.

Deshalb ist es gerade für unser Land entscheidend, dass der Umstieg auf die Elektromobilität gelingt. Wir als SPD wollen diese Transformation schneller und besser gestalten, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen und damit Niedersachsen als Standort zu stärken. Mit folgenden Initiativen wollen wir uns dabei einbringen:

1. **Wir unterstützen den Kurs „Way to Zero“:** Bei Volkswagen sollen bis 2030 80% der Fahrzeuge in Europa mit elektrischem Antrieb produziert werden, damit das Ziel der EU, bis 2035 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen, erreicht werden kann. Dafür sind enorme Investitionen – auch durch öffentliche Unterstützung – in unsere Standorte in Niedersachsen erforderlich, denn nur mit umgebauten Fertigungslinien lassen sich diese Fahrzeuge auch produzieren. Wir erwarten, dass dieser Investitionskurs weiter konsequent umgesetzt wird, insbesondere auch am Standort Hannover bei Volkswagen Nutzfahrzeuge.
2. **Für die Erreichung der Klimaziele sind nachhaltige Lieferketten und ein Umbau in allen Produktionsstadien erforderlich:** Dies beginnt bei der Rohstahlproduktion und setzt sich fort über Leichtbauteile wie Kunst- und Schaumstoffe. Hier ist ein noch stärkerer Fokus erforderlich, auch durch eine forcierte Förderung und Vernetzung von Werkstoffwissenschaft in Niedersachsen und den Produktionsbetrieben. Wir erwarten hierzu eine zielgerichtete Fortsetzung eines Formats wie dem Strategiedialog Automobilwirtschaft in Niedersachsen 2019-2022.
3. **In Niedersachsen muss die Elektromobilität auch im Bereich von Landmaschinen viel stärker forciert werden:** Niedersachsen ist Agrarland Nr. 1 und zudem produzieren niedersächsische Landwirt:innen vielfach selbst über Windkraft, Solarthermie, Photovoltaik und Biogas erneuerbare Energie. Bisher sind aber hierzulande keine erschwinglichen E-Traktoren und weitere schwere Landmaschinen mit Elektroantrieb verfügbar, um diese erzeugte Energie auch selbst zu nutzen. Deshalb wollen wir „E-Traktoren made in Niedersachsen“ –

gemeinsam mit dem Volkswagen-Konzern, weiteren Herstellern und auch Startups sowie der Wissenschaft sollte hierzu eine entsprechende Entwicklungs- und Ansiedlungsinitiative forciert werden.

4. **Transformation gelingt nur, wenn der Grundsatz „Sicherheit im Wandel“ gilt.** Deshalb darf an der Beschäftigungsgarantie für alle Stammbeschäftigten bei Volkswagen bis 2029 bzw. 2032 nicht gerüttelt werden. Wir unterstützen deshalb uneingeschränkt die Position zum Erhalt der Arbeitsplatzsicherheit bei VW. Bei allen Anstrengungen für mehr Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit müssen getroffene Zusagen eingehalten werden. Wer versucht, die Vereinbarung zur Beschäftigungsgarantie aufzukündigen, gefährdet damit auch den sozialen Frieden in unserer Heimatregion. Um die Beschäftigung nicht zu gefährden, brauchen wir mehr staatliche Unterstützung zur Weiterentwicklung der Produktionsstandorte.
5. **Ohne Weiterbildung keine Transformation – wir wollen in Menschen und nicht nur in Maschinen investieren:** Deshalb brauchen wir noch stärkere Bemühungen, die Weiterbildungslandschaft in der Schlüsselindustrie Automotive zu stärken, insbesondere durch eine Weiterentwicklung des Qualifizierungschancengesetzes und eine gezieltere Ansprache der Zuliefererbetriebe. Generell darf der Blick nicht nur auf leicht und schnell zu qualifizierenden Beschäftigten liegen – es muss verhindert werden, dass beispielsweise ältere und fachfremd Qualifizierte auf der Strecke bleiben. Entscheidend ist, dass Qualifizierung innerhalb tarifvertraglich geschützter Rahmenbedingungen stattfindet. Bei der Weiterbildungsförderung muss zudem eine Kombination von BA-, EU- und Landesmitteln erreicht werden, das Nebeneinander von mehreren Fördersträngen muss reduziert werden.
6. **Damit die Transformation gelingt, brauchen wir eine starke außenwirtschaftliche Absicherung.** Zugang zu anderen Märkten, faire Wettbewerbsbedingungen und Rohstoffverfügbarkeit sind hierfür entscheidend. 55% unseres Handels und 75% des globalen Handels werden unter den Regeln der WTO, deshalb ist eine Stärkung und Reform der Welthandelsorganisation durch die EU wichtig. Es ist zu begrüßen, dass die EU den Werkzeugkasten zur Verteilung eines regelbasierten Handels in den letzten Jahren modernisiert und erweitert hat. So muss sichergestellt sein, dass Wettbewerber auf dem Europäischen Markt keine Chance mit Dumping oder unlauteren Subventionen haben. Hier gilt es, wachsam zu sein und ggf. Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Für die Transformation in der Automobilindustrie brauchen wir neue Rohstoffe und seltene Materialien. Das Modell des Abkommens EU–Chile zeigt in die richtige Richtung. Mit dem Zugang zu verarbeitetem Lithium wird die Abhängigkeit von nur einem großen Anbieter reduziert und durch Investitionen und Präferenzen in die lokale Verarbeitung des Rohlithium werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze unter sicheren Bedingungen in Chile geschaffen. Wir brauchen mehr solcher fairen Abkommen.
7. **Die Elektromobilität gelingt nur mit einer noch schnelleren Investitionsdynamik bei der Ladeinfrastruktur:** Hierbei haben wir in Niedersachsen entlang der Hauptverkehrsachsen bereits ein gut ausgebautes Netz, im ländlichen Raum sind Schnellladesäulen jedoch nach wie vor seltener anzutreffen. Deshalb sollte eine Ladesäulenförderung mit genau diesem Schwerpunkt reaktiviert werden, insbesondere für Kommunen, derzeit sind alle bisherigen Förderlinien ausgelaufen. Aber auch in Ballungsräumen brauchen wir mehr Investitionen:

Nötig ist eine flächendeckende Verfügbarkeit von innerstädtischen Ladepunkten, um in Ballungsgebieten alltagstaugliches Aufladen zu ermöglichen. Hierfür muss ein konkretes Ziel – beispielsweise aller zehn Hausnummern zwei AC-Ladepunkte – gesetzt werden. Zudem halten wir auch eine gezielte Regulierung auf europäischer Ebene für sinnvoll: Ziel muss ein EU-weit gültiges Lade- und Bezahlssystem für alle öffentlichen Ladepunkte sowie ein einheitlicher, verbindlicher Ladestandard für alle Fahrzeuge sein – hier ist eine Festlegung auf CCS (Combined Charging System) angezeigt, da dieses System die höchste Marktdurchdringung aufweist und zudem Technologieoffenheit sicherstellt.

- 8. Der Ausbau der Elektromobilität wird nur durch die Einbindung von Sekundärtechnologien und weiteren Technologiesprüngen gelingen:** Wir begrüßen deshalb die Bundesratsinitiative der niedersächsischen Landesregierung für die Regulierung des Bidirektionalen Ladens von Fahrzeugen zu Gebäuden – insbesondere Einfamilienhäuser können hierdurch komplett autark werden, was auch die Energienetze entlastet. Entscheidend ist bei der Umsetzung, dass steuer- und versicherungsrechtliche Hürden zielgerichtet abgebaut werden, hieran darf dieser Technologiesprung nicht scheitern. Auch die Entwicklung neuer Batterietechnologien (z.B. der Natrium-Ionen-Batterie, die in China jetzt in die Serienfertigung gegangen ist) muss hierzulande forciert werden, hierfür sollte die Ansiedlung einer Testfabrik in unserer Metropolregion geprüft werden.